



ASIEN/NEPAL - Apostolischer Vikar: „Weniger Korruption, mehr Einheit: die neue Verfassung muss dringend verabschiedet werden“

Kathmandu (Fidesdienst) – Die Zukunft Nepals könnte rosarot sein, wenn „man die Korruption und die Vetternwirtschaft in der Gesellschaft wirkkräftig bekämpfen würde und die beteiligten Kräfte sich für das Gemeinwohl einsetzen würden. Wir müssen den Stillstand überwinden und man sollte sich auf die Beendigung der Arbeiten an der neuen Verfassung einigen, die die Rechte und Freiheiten aller schützen sollte“, so der Apostolische Vikar in Nepal, Bischof Anthony Sharma (sj) zum Fidesdienst. Die Verabschiedung der neuen Verfassung wurde mehrmals aufgeschoben und soll nun bis Ende Mai mit neuen Bestimmungen zur Architektur des Staates und den grundlegenden Normen verabschiedet werden.

Zur politischen Lage in Nepal sagt der Vikar: „Der neue Premierminister Baburam Bhattarai wurde christlich erzogen und er vertritt solide moralische Werte, was uns auf eine bessere Zukunft hoffen lässt“. Doch „das Problem ist die Regierungskoalition, die fast zu gefestigt ist und die Zersplitterung der politischen Landschaft: in unserem kleinen Land gibt es über 600 Parlamentarier und eine viel zu große Exekutive“. Das politische Handeln sei oft, so Bischof Sharma, „von Korruption und Vetternwirtschaft“ beeinträchtigt“, während die Zivilgesellschaft „darüber klagt, dass nur wenige öffentliche Gelder in Entwicklung, Arbeitsplatzbeschaffung und Unterstützung für Familien fließt“. Der Premierminister werde beeinflusst, so der Bischof weiter, „Denn alle politischen Parteien vertreten eigene Interessen, und scheinen daran interessiert zu sein, an der Macht zu bleiben, ohne dabei an das Wohl des Volkes zu denken. Das ungebändigte Streben nach Macht und Reichtum ist das größte Hindernis auf dem Weg zur Entwicklung des Landes“.

Zu diesem Zeitpunkt sei deshalb auch die Fertigstellung der Verfassung dringend notwendig: „Dies wird ebenfalls durch die Anfragen der Parteien verhindert und von kleinen Gruppen beeinflusst: jeder will sich ein kleines Stück von der Macht abschneiden. Es sind immer noch drei Monate bis zur geplanten Verabschiedung, aber viele sind pessimistisch. Das Oberste Gericht legte fest, dass es keinen neuen Aufschub geben darf. Wenn die Arbeit nicht fertig gestellt wird, dann würde im Land ein große Unsicherheit und Instabilität entstehen: das bereitet und große Sorge. Die Menschen haben die Geduld verloren und fordern von den Politikern eine Gewissensprüfung“. Die Kirche habe im Hinblick auf die neue Verfassung um „Religionsfreiheit, eine säkulare Staatsform und die Achtung der Grundrechte gebeten“.

Die gegenwärtige Phase des politischen und sozialen Stillstands, so der Bischof Abschließend, „wirkt sich auf die Gesellschaft aus. Die Preise sind hoch, die Gehälter niedrig und Armut und Entwicklungsrückstand belasten die Menschen. Die Kirche versucht sich im sozialen Bereich in Zusammenarbeit mit einheimischen Nichtregierungsorganisationen zu engagieren. Dabei stehen vor allem auch Frauen und Kinder im Mittelpunkt der Hilfsprogramme, in jenen Gegenden, die von staatlichen Maßnahmen nicht berücksichtigt werden. (PA)
(Fidesdienst, 14/03/2012)